

18. June 1918.

Meldung der Hinterbliebenen von Gefallenen oder Vermissten.

Jene Witwen und Waisen nach gefallenen oder vermissten Gaglien oder Mannschafspersonen, die ihrer Meldepflicht bisher noch nicht nachgekommen sind, werden dringendst aufgefordert, noch in dieser oder spätestens in der nächsten Woche im magistratischen Bezirksamte ihres Wohnortes zwischen 8 und 2 Uhr vormittags oder zwischen 4 und 7 Uhr nachmittags mit den in der Kundmachung vorgeschriebenen Dokumenten zuverlässig zu erscheinen.

Lastfuhrwerksverkehr im 2. Bezirk. Der Magistrat hat die Wahrnehmung gemacht, dass die von der Kronprinz Rudolfstrasse kommenden, zur Augartenbrücke oder Brigittabrücke oder in umgekehrter Richtung fahrenden Lastfuhrwerke statt des vorgeschriebenen Weges (Nordbahnstrasse, Kleine und Grosse Stadtgutgasse, Kastellezgasse, Obere Augartenstrasse) vielfach andere, zu diesem Verkehr nicht geeignete oder mit Asphaltpflaster versehene Gassen zur Durchfahrt benützen. Die Besitzer und Lenker solcher Fuhrwerke werden eindringlichst aufmerksam gemacht, dass der vorgeschriebene Fahrweg nicht bloss im Interesse der Verkehrssicherheit, sondern insbesondere wegen der in der jetzigen Zeit bestehenden Schwierigkeiten einer Instandsetzung des Asphaltpflasters unbedingt einzuhalten ist, widrigenfalls der Magistrat über Dawiderhandelnde strenge Strafen verhängen müsste.

Ein Wutfall im 17. Bezirke. Bei einem großen, gelbweißen, langhaarigen, männlichen, herrenlosen Hunde ohne Steuermark mit abgestreiftem Maulkorbe wurde am 15. d. Wut festgestellt. D Dieser Hund hielt sich durch ungefähr acht Tage in jenem Teile des Alserbaches, der hinter dem Einkerhgasthofe des Johann Mayer, 17. Bezirk, Neuwaldeggerstrasse 45, gelegen ist, auf und ist auch dort verendet. Zweckdienliche Angaben, die zur Eruiierung des Hudeeigentümers führen könnten, sind beim magistratischen Bezirksamt für den 17. Bezirk zu erstatten. Degleichen haben sich Personen, welche von diesem Hunde gebissen worden sein sollten, wegen Durchführung der antirabische Behandlung beim magistratischen Bezirkspolizeikommissariate bzw. beim städtischen Bezirksarzte (17. Bezirk) zu melden.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung am 18. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner :

GR. Dr. Neumayer erneuert eine bereits im Jahre 1914 eingebrachte Interpellation, in welcher darauf verwiesen wird, dass in Wien Fortbildungsschulen mit tschechischer Unterrichtssprache eingeführt werden sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist in seiner Antwort darauf, dass die Gemeinde auf die Errichtung privater Gewerbeschulen leider keinerlei Einfluss habe.

Die GR. Vagoin und Dr. Glasauer beantragen den Verkehr der Linie 58 (Neuer Markt- St. Veit) insbesondere in den Früh- Mittag- und Abendstunden zu verdichten.

GR. Stangelberger stellt folgenden Antrag: Zum diesjährigen Minderertrag des Strassenbahnbetriebes trägt sicherlich viel der Umstand bei, dass so viele Fahrgäste umsonst fahren. Es wäre wären nun folgende Bestimmungen anzuordnen: Abschaffung der

baren Fahrpreisbezahlung, daher Beseitigung des lästigen, zeitraubenden Geldwechsels durch den Schaffner. Jeder Fahrgast hat vor dem Einsteigen eine früher gelöste Karte vorzuweisen. Diese Karten sind in den Trafiken erhältlich. Bei den End- und Umsteigstationen sind besondere Organe zur Markierung oder Umtausch dieser Karten bereitzustellen. Bei Bahnhofzügen ist ein Beiwagen für das durchreisende Militär (Rucksäcke, grosses Gepäck) anzuhängen. Das Ein- und Aussteigen wäre tunlichst zu trennen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien über die Kürzung der Brotmehlquote. Er führt aus: Es ist nicht das erstemal, dass Ernährungsorgen den Wiener Gemeinderat befasen, nicht das erstemal, dass wir gegenüber der Regierung unsere warnende Stimme erhoben haben. Schon im März 1917 begann der "eidensweg, den die Wiener Gemeindeverwaltung in der Brot- und Mehlversorgung zu gehen hatte. Der Redner erinnert an die von ihm einberufene Konferenz der Wiener Abgeordneten, an das Versprechen der Regierung Zubussen zu geben, was nur zweimal der Fall war, an den bekannten Ausspruch des Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr, welcher auf die Frage, ob genügend für die Bevölkerung vorgesorgt sei, die Antwort gab: „Ich glaube ja“ und an die wiederholten Denkschriften des Gemeinderates, welche eine Fülle von Anregungen enthalten haben. Er erinnert weiters daran, dass ~~wirk~~ der Ministerpräsident anlässlich der Kürzung der Mehlquote sich verpflichtete, die volle Brotquote bis Juli zu geben.

Als die Not der Regierung bis an die Kehle stieg, da wurden die Selbstverbraucher veranlasst ihre Vorräte, die sie bisher nicht abgeliefert hatten, abzugeben und dafür wurden ihnen Prämien in Aussicht gestellt - ein höchst unmoralisches Vorgehen jenen, welche ihren Pflichten nachgekommen waren, zu belohnen.

Die Regierung stellte sich vor, dass hiedurch 10.000 Waggon Brotrüchte aufgebracht werden, tatsächlich waren es nur 2000 Waggons. Ein einziges Kronland, Niederösterreich, ist seinen Verpflichtungen voll nachgekommen.

Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner erinnert an die Ernährungsdebatte am 25. April im Stadtrate, über Antrag des STR. Spalowsky wurde damals eine Resolution beschlossen, welche zur Gänze konfisziert wurde. Redner kommt sodann auf die Wirtschaftsübereinkommen mit Rumänien und der Ukraine zu sprechen. Die Vorräte in Rumänien sind erschöpft, das Uebereinkommen hat nur für die Zukunft eine Bedeutung. In der Ukraine ist es momentan nicht möglich, die Vorräte zu erfassen und nach Oesterreich zu bringen. Es wird von der Vereinheitlichung des Wirtschaftsgebietes gesprochen. Die erste Forderung wäre, dass die Kopfquote, in Deutschland, Oesterreich und Ungarn gleichmässig festgesetzt wäre. Nach dem Vertrage hat Deutschland die Verpflichtung übernommen, 15000 Waggons Getreide aus der Ukraine nach Oesterreich zu bringen. Damit hätten wir das Auslangen gefunden. Was den österreichischen Hofräten und Militärgewaltigen nicht gelungen ist, ist auch den Deutschen nicht gelungen. Deutschland ist mit 2000 Waggons uns gegenüber im Rückstande, gerade jene Menge, die nötig wäre, dass wir auskommen. Auch in

Deutschland wurde die Brotquote gekürzt, aber diese einsohnneidende Massnahme wurde dort einem Monat vorher bekanntgegeben, so dass man sich rechtzeitig darauf einrichten konnte. In Wien wurden am Donnerstag und Freitag noch die Mehlmengen im vollen Ausmasse verteilt und Samstag waren bereits die Bäcker beliefert. Samstag abends kam der Sektionschef des Volksernährungsamtes zu mir, eröffnete mir, dass vom Sonntag an die halbe Brotquote auszugeben sei und ersuchte mich, dies zur Kenntnis zu nehmen. Ich verweigerte diese Kenntnisnahme, protestierte gegen die Verfügung und erklärte, ich werde den Gemeinderat einberufen, damit er zu dieser Angelegenheit Stellung nehme. Ich will ja anerkennen, dass die Herren im Ernährungsamte alles getan haben, um die Katastrophe abzuwehren. Am Sonntag in der Frühe hätte ein Komunique der Regierung über die Kürzung in den Blättern erscheinen sollen. Ich suchte die Verlautbarung in den Zeitungen, fand sie aber nicht. 9 Uhr vormittags telefonierte ich dem Sektionschef im Volksernährungsamte bezüglich der Verlautbarung und er erklärte mir, er habe sie ebenfalls umsonst gesucht; die Verlautbarung wurde vom Ministerratspräsidium inhibiert, die Gründe hiefür kann ich nur vermuten. Montag nachmittags erfolgte dann die Verlautbarung. Ein grosser Teil der Bäcker war bis Montag früh nicht verständigt und gab an die Kunden die volle Brotquote aus. Die Folge davon wird sein, dass diese Leute kein Brot bekommen werden. Es kann unmöglich der gesetzliche Standpunkt so weit verrückt sein, dass das Publikum einen nicht verlaublichen Verordnung oder ein unterdrücktes Komunique befolgen soll.

Der Bürgermeister verweist dann darauf, dass die ganzen Ernährungsverhältnisse in Wien betrübend sind, verweist auf die Eier- und Milchnot und bemerkt, dass in dieser Woche die Zuweisung von einem halben Kilogramm Kartoffeln an die Bevölkerung die letzte sein werde, wenn nicht Zuschüsse noch kommen. Die Opferwilligkeit der Bevölkerung sei gewiss hervorzuheben, aber es gebe einen psychologischen Moment, dass die Tragfähigkeit der Bevölkerung zu Ende und am Rande des Durchhaltens ist.

Der Bürgermeister bringt sodann nachstehenden Telegrammwechsel zur Kenntnis des Gemeinderates:

Telegramm des Bürgermeisters an Exzellenz Ludendorf : Die Bevölkerung der Kaiserstadt Wien bewundert die Ruhmestaten der Heldentaten an der Front und trägt mit hingebungsvoller Geduld und Entsagung die schweren Lasten und Entbehrungen des Aushungerungskrieges. Die heute verfügte Kürzung der Brotquote in Wien, welche eine furchtbare Steigerung der bisherigen Lebensmittelnöten der breiten Massen darstellt veranlasst mich an Eure Exzellenz mit der ergebenen und drängenden Bitte heranzutreten zur Linderung des Notstandes eine Aushilfe mit Mehl aus den deutschen Vorräten sofort verfügen zu wollen.

Exzellenz Ludendorf erwidert:

Besten Dank für den Ausdruck Ihrer treuen Gesinnung. Von Herzen gern würde ich der Bevölkerung Wiens in ihren schweren wirtschaftlichen Nöten helfen, aber mehr, wie von deutscher Seite getan wird, ist leider nicht mehr möglich; alle Getreideeinfuhren aus Rumänien, Bessarabien und der Ukraine werden restlos Oesterreich überlassen und auch die für die Westfront bestimmten Sendungen habe ich im April, Mai und Juni trotz eigener schwerer Ernährungslage Oesterreich

zur Verfügung gestellt. Jetzt sind aber derartige Reserven nicht mehr vorhanden und ich bin ausserstande, weitere Aushilfen zu leisten. Hoffentlich wird es meinen Bemühungen gelingen, die Ausfuhren aus Bessarabien und der Ukraine zu steigern, dass bald wieder grössere Mengen Oesterreich zugehen können.

Der Bürgermeister an Bürgermeister Dr. von Body, Budapest: Mit Rücksicht auf die andauernde Stockung in der Mehlversorgung musste jetzt sogar die Brotquote in Wien gekürzt werden. Dieser neuerliche furchtbare Schlag trifft die Wiener Stadtverwaltung umso empfindlicher, als schon seit Wochen ein unzureichende gekürzte Mehl- und Fettquote abgegeben wird und keine Eier, keine Kartoffeln zur Verfügung stehen. In dieser schweren Sorge wende ich mich vertrauensvoll an den Bürgermeister unserer Schwesterstadt Budapest, die gewiss gerne und freudig der österreichischen Hauptstadt Mehl oder Hülsenfrüchte zur Verfügung stellen wird. In diesem furchtbaren Notstande ersucht um möglichst rasche Abhilfe Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. von Body erwidert:

Die schwere Lage der Bevölkerung der Schwesterstadt Wien erfüllt uns umso mehr mit der aufrichtigsten Teilnahme als wir trotz unserer wärmsten Sympathien unter den gegenwärtigen Verhältnissen leider nicht in der Lage sind, die gewünschte Hilfe bieten zu können. Infolge der knappen Vorräte waren auch wir genötigt unsere Brot- und Mehlration herabzusetzen und schon seit geraumer Zeit leben wir ohne irgendwelche Reserve von heute auf morgen. Hülsenfrüchte stehen uns schon seit monaten überhaupt nicht zur Verfügung und frisches Gemüse kommt nur in so geringen Mengen auf den Markt, die weit hinter den Bedarf unserer Bevölkerung zurückbleiben. Die Gemeinde Budapest kann überhaupt nicht über ihre Lebensmittel frei verfügen, denn sie kann die vom Landesernährungsamt zugewiesenen Mengen nur gegen Karten zur Verteilung bringen und darf dieselben anderweitig nicht verwenden. Wenngleich wir socherart zu unserem lebhaftesten Bedauern der Stadt Wien nicht die gewünschte Hilfe leisten können, sind wir doch bestrebt die Erfüllung Ihres Wunsches nach Tunlichkeit zu ermöglichen, weshalb ich das Telegramm Euer Exzellenz dem ungarischen Ernährungsminister übermittelt und ihn mit dem Ausdruck der wärmsten Sympathie und der aufrichtigsten brüderlichen Gesinnung ersucht habe der Stadt Wien all die Hilfe zu leisten die die Stadt Budapest selbst zu bieten zu ihrem grössten Leidwesen nicht in der Lage ist.

Weiters hat der Bürgermeister folgende Telegramme abgesendet:

An den kgl. ung. Ernährungsminister Prinzen Windischgrätz: Lebensmittelknappheit in Wien auf's Äusserste gestiegen, Kürzung der Brotration eingetreten, weshalb eine Besserung der Kartoffelversorgung unbedingt notwendig ist. Ich stelle die dringende Bitte, die für Wien bestimmten Sendungen ungarischer Frühkartoffeln möglichst zu beschleunigen.

An den kg. bayrischen Ministerpräsidenten von Dandl: Lebensmittelknappheit in Wien auf's Äusserste gestiegen, Kürzung der Brotration eingetreten, Stimmung der Bevölkerung erregt, weshalb Besserung der Kartoffelversorgung unbedingt notwendig ist. Derzeit ist diese Versorgung unzulänglich, da nur mehr für diese Woche 1 kg pro Kopf ausgegeben werden kann. Ich beehre mich die dringende Bitte zu stellen, möglichst

7
grosse Zuschüsse von Altkartoffeln nach Wien zu veranlassen. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in Deutschland genügend Vorräte vorhanden sein sollen, hoffe ich zuversichtlich auf Gewährung meiner Bitte. Hiermit verbinde ich zugleich den herzlichsten Dank für die bisherige Aushilfe an Kartoffeln welche uns in schwerer Zeit zur Wohltat wurde.

An den Reichskanzler Graf Hertling:
Lebensmittelknappheit in Wien aufs Aeusserste gestiegen, Kürzung der Brotration eingetreten, Stimmung der Bevölkerung erregt, weshalb Besserung der Kartoffelversorgung unbedingt notwendig ist. Derzeit ist diese Versorgung gänzlich unzulänglich, da nur mehr für diese Woche 4 kg pro Kopf ausgegeben werden kann. Ich beehre mich die dringende Bitte zu stellen, möglichst grosse Zuschüsse von Altkartoffeln nach Wien zu veranlassen. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in Deutschland genügend Vorräte vorhanden sein sollen, hoffe ich zuversichtlich auf Gewährung meiner Bitte. Ausserdem ersuche ich die Deutsche Reichsregierung, auf die Zuweisung der zur Ausfuhr nach Deutschland bestimmten 600 Waggons ungarischer Frühkartoffeln zu verzichten und werde ich beim österreichischen Ernährungsamt vorstellig werden, dass diese 600 Waggons zur Gänze der Gemeinde Wien zu Gute kommen.

Bei Verlesung des Telegrammes an den Prinzen Windischgrätz bemerkt der Bürgermeister: In der Vorwoche wurden 29 Waggon Frühkartoffel aus Ungarn nach Wien disponiert, die in Hünserndorf standen und dann über Intervention des Ernährungsamtes nach Prag gesendet wurden. Ich sage ganz offen, wenn die Prager Krawalle diese Wirkung haben, dann können die Herren von der Regierung auch Wiener Krawalle haben (Lebhafter stürmischer Beifall, Rufe: „Die Hochverräter kriegen die Kartoffel“).

BGM. Dr. Weiskirchner wendet sich in entschiedenen Worten gegen die heutigen Ausführungen eines Mittagblattes (Mittagszeitung), in welchem der Stadtverwaltung Vorwürfe aus den gegenwärtigen Verhältnissen gemacht werden. Die Ausführungen des Blattes seien eine Beleidigung nicht nur des Bürgermeisters sondern auch des gesamten Gemeinderates und pflichttreuen Beamten, welche seit 4 Kriegsjahren mit voller Hingebung ihren Dienst pflichtgetreu erfüllen. Er weise solche schmähende Ausdrücke mit aller Anständigkeit zurück. (Lebhafte Zustimmung).

Zum Schlusse legt der Bürgermeister die heute vormittags vom Stadtrate gefasste Entschliessung zur Annahme vor.

GR. Dr. Hein führt aus, dass selbstverständlich alle Redner sich den Ausführungen des Referenten anschliessen und für die Resolution stimmen werden, da ja diese Kürzung in der Tat den Bankrott der Verwaltung bedeutet, weil sie beweist, dass wir in diesen 4 Kriegsjahren nichts gelernt haben. So ist es gekommen wie es kommen musste, denn unsere rechtzeitigen und wiederholten Warnungen vor dem Hand in den Mund leben haben nichts genützt. Wir sind jederzeit bereit, derartige Beschlüsse einmütig zu fassen, aber gerade mit Rücksicht auf den letzten Passus der Resolution möchte ich aufmerksam machen, dass der Burgfriede auch von allen Parteien eingehalten werden soll und dass die Not der Zeit auch zu antisemitischen Hetzereien ausgenützt werden darf.

BGM. Dr. Weiskirchner: Sagen Sie das auch dem Dr. Salkind.

GR. Dr. Hein: Wir sprachen uns immer gegen jede Art von Wucher aus, ob er nun von Juden oder Christen ausgeht, aber wir müssen es bedauern, wenn in einer Versammlung, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters tagt, derartige Aeusserungen möglich sind, wie sie GR. Kunschak am Sonntag getan hat. Wir müssen jene Ruhe und jenen Ernst bewahren, welcher dieser Zeit angemessen ist und müssen bedenken, dass ohnedies viel Mühsal in der Bevölkerung aufgehäuft ist. Im Uebrigen schliesse ich mich der Resolution an und empfehle die einstimmige Annahme.

GR. Hohensinner: In einem bekannten Worte heisst es, „Paris ist Frankreich“ und es soll heissen „das Paris das Herz Frankreichs ist. Dieses Wort könnte auch auf Wien Anwendung finden, denn auch Wien ist das Zentrum des Reiches, aber in welcher Weise Wien von Seite der Regierung vernachlässigt wird, hat sich nie deutlicher gezeigt, als in diesen 4 Kriegsjahren und wenn Wien noch nicht verhungert ist, so hat es dies gewiss nicht der Regierung zu verdanken. Die Regierung möge nicht glauben, dass die Wiener Bevölkerung gesonnen ist, noch weiter zu dulden, aber die Regierung sieht dies nicht und will auch nichts sehen, dass der Geist des Bolschewikismus immer weiter umherschreift. Es kommt dies daher, weil wir in Österreich, keine Konstitution haben und das Parlament nur ein Scheinparlament führt. Die Regierung hätte diesen Schritt wohl nie gewagt, wenn wir ein wirkliches Parlament hätten. GR. Dr. Hein hat auf die Ausführungen des Landes-Ausschusses Kunschak reagiert. Ich würde es nicht getan haben, denn ein jeder Redner kann reden, wie es ihm schliesslich beliebt. Aber eines möchte ich ihm doch zu bedenken geben; Mit solchen Reden dient er nur der Regierung, den ihr ist es nur Recht, wenn mit solchen Reden die Aufmerksamkeit von ihm auf andere Schichten der Bevölkerung gelenkt werden. Im Uebrigen erkläre ich, dass ich der Resolution in allen ihren Teilen zustimme und ich glaube, dass es sich empfehlen würde, wenn der Gemeinderat der Regierung die grösste Entrüstung aussprechen würde.

GR. Reumann: Wenn ich zu dieser Angelegenheit das Wort nehme, geschieht es, weil infolge der Ereignisse, die sich durch die Kürzung der Brotquote abspielen, die Vertretung der Arbeiterschaft ungemein stark reagiert ist an den Folgen dieser Verfügung. Wir haben es seit Beginn des heurigen Jahres mit einer anhaltenden Erregung unter der Arbeiterschaft zu tun, die uns immer mehr zu Befürchtungen veranlasst, dass durch irgendwelche unberechenbare Ereignisse ein Moment eintreten könnte, welcher zu katastrophalen Ereignissen führt. Ich glaube, dass sie alle mit mir in der Meinung einig sind, dass gerade im gegenwärtigen Moment diese Ernährungskatastrophe im allerschlimmsten Wirken muss, und geeignet ist, uns weitere Katastrophen zu bereiten. Es ist natürlich unser Urteil auch in dem Punkt mit Ihnen einig, dass unsere Staatsgewalt keinerlei Fügung gezeigt hat, dieser Katastrophe vorzubeugen. Wenn wir die Zeit von 1914 bis heute übersehen, so finden wir, wie von Etappe zu Etappe unsere Regierung alles getan hat, damit das Ansehen unseres Staates untergraben und wir zur Einflusslosigkeit verdammt werden. Wenn wir immer von Ungarn sprechen, muss ich sagen, dass unsere Regierung nie etwas getan hat, um unseren Einfluss Ungarn gegenüber irgendwie zu kräftigen oder zu stärken. Wenn gegenwärtig irgendeine dringende Notwendigkeit besteht, so ist es die, dass diese Regierung einen anderen Platz mache, und man versau-

che, ob nicht doch irgend ein Mann sich in Österreich findet, der geeignet ist, im letzten Augenblick helfend und rettend einzugreifen. Durch das Wort vom „Brotfrieden“ in Brest-Litowsk haben wir uns in falsche Hoffnungen einwiegen lassen, die in keiner Weise begründet waren, deren Fehlschlagen wir jetzt so bitter verspüren. GR. Dr. Hein hat sich darüber aufgeregt, dass in der Volkshalle von jüdischen Wucherern gesprochen worden ist. Da müsse man aber auch die Frage stellen, wodurch es den Wucherern, ob sie nun Christen oder Juden sind, möglich ist, diese Preistreiberie zu begehen und woher sie die Vorräte haben, mit denen sie wuchern. Die Erfahrungen, die wir bis jetzt mit dem freien Handel machen, sind nicht sehr günstig. Die Regierung scheint selbst von der Katastrophe überrascht worden zu sein und die Nachrichten über das Ausbleiben erst am Freitag erhalten zu haben. Das Komunique wurde Sonntag deshalb nicht verlautbart, weil der Chef der Regierung der Meinung war, dass die Brotquote erst von Dienstag an gekürzt werden wird. Die jetzige Lage muss mit grösstem Ernst behandelt werden. Wir können wohl die Verwahrung gegen die Massnahme der Regierung einlegen, wir sind aber moralisch verpflichtet, uns der Verantwortung nicht zu entschlagen. Wir müssen alles was in unserer Macht steht, aufbieten, um eine Milderung der gegenwärtigen Zustände herbeizuführen. Ich wünsche dass diese Verpflichtung auch Ausdruck in der Resolution finde. Mit welchem Gefühl muss der Mann in der Früh in die Arbeit gehen, wenn er weiss, dass seine Familie zu Hause hungert? Aber auch der Ernährungsdienst im Heere ist gefährdet und wie sollen unter diesen Umständen die Erfolge herbeigeführt werden, die ja den von uns allen so sehnlichst erwarteten Frieden bringen sollen? Wir wollen nicht hoffen, dass als letzter Schritt, nachdem alles andere versagt hat, das Ständrecht und die Maschinen-gewehre kommen werden. Die Kürzung der Brotquote bedeutet aber auch die Verdorrung der Zukunft unseres Volkes, bedeutet das Ende der Tragfähigkeit der Bevölkerung und kein Appell an den Patriotismus wird die Friedenssehnsucht unterdrücken können. Haben wir die Gewähr, dass die gekürzte Brotquote auch noch in den nächsten Wochen gegeben werden kann? Ich glaube, der ganze Wiener Gemeinderat ist mit mir der Ansicht, dass die hungernden Wiener nicht mit Maschinengewehr-kugeln gesättigt werden können. So sehr unsere Hilfe beschränkt ist, so müssen wir doch alles tun, was in unseren Kräften ist und wenn Waren zum Verteilen hier sein werden, so müssen wir die Bewirtschaftung übernehmen, alles was aufgebracht wird soll durch die Gemeinde verteilt werden, damit es in entsprechender Weise verteilt wird. Es muss im Präsidium eine Stelle errichtet werden, die in Permanenz in Verwendung steht, die jeden Moment bereit ist, einzugreifen, wenn es notwendig ist. Es ist selbstverständlich, dass es nicht möglich sein wird, Ueberstunden und Nacharbeit zu machen. Es darf aber auch nicht der Fall eintreten, dass man die aus Mangel an Nahrung arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter in die Fabriken und Werkstätten hineintreibt. Das System der staatlichen Bewirtschaftung darf nicht durchbrochen werden; und wir bedauern die Fehler, die seitens der Regierung gemacht wurden. Wir müssen in die Resolution auch sagen, dass die gegenwärtigen Erscheinungen begreiflich sind, dass die Bevölkerung nicht mehr in der Lage ist, so schwere Opfer weiter zu ertragen. Wir müssen mit aller Schärfe sagen, dass die Verkürzung der Brotquote die Regierung durch ihre Lässigkeit verschuldet hat,

durch eine Summe von Unterlassungen, die seit dem Kriege erfolgt sind, dass infolgedessen die Bevölkerung nicht in der Lage ist, einen unerlösten Krieg zu ertragen, dass das Friedensbedürfnis der Bevölkerung dadurch begreiflich wird, dass man in keiner Weise dafür vorgesorgt hat, das Durchhalten ihr zu ermöglichen. (Beifall.)

GR. Dr. Mataja: Niemand hätte dem leichtlebigen Wiener Volke diese ausserordentliche Widerstandsfähigkeit zugemutet, die wir bis jetzt an ihr bewundert haben. Man kann auf eine Widerstandsfähigkeit einer Bevölkerung bauen, man darf sie auch nicht auf ihr sündigen und eine Veräumdigung ist die Verfürgung, die sie wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf. Wenn der Zeitpunkt zwischen der Verlautbarung und dem Inkrafttreten der Verfügung länger gewesen und wenn der nur eine allgähliche Verkürzung eingetreten wäre, so wäre auch dies furchtbar gewesen, aber diese katastrophale Wirkung wäre nicht eingetreten. Die Folgen sehen wir schon an den Schleichhandelspreisen mit Brot von 8 Kronen bis ein Laib Brot auf 35 Kronen in der Leopoldstadt hinaufgeschneilt. Niemand kann an die Bevölkerung die Anforderung stellen, mit dieser Quantität Brot das Auslangen zu finden und niemand kann die Verantwortung übernehmen, dass Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden können, wenn der Hunger die tierischen Instinkte aufstacheln, sind Uebergriffe zu gewärtigen. Auf unseren Schultern ruht eine natürliche Mitverantwortlichkeit für die Handlungen der Regierung, wir können uns vom Staate nicht lossagen. Sollen wir hinaustreten und die Bevölkerung zur Ruhe und Mässigkeit mahnen, das ist eine höchst unangenehme Aufgabe. Wir müssen der Regierung nahe legen, dass sie diese ernste Situation nicht voll erfasst hat. In den Jahren vorher ist immer ein Wunder eingetreten, das uns über die kritischen Zeiten weggeholfen hat. Heuer ist das Wunder nicht eingetreten, es folgte der Umschiss.

Die Wiener Bevölkerung kennt keinen Ministerpräsidenten noch weniger die anderen Minister, sie kennt nur den Kaiser und den Bürgermeister. Diese beiden Personen haben immer die Verantwortung zu tragen. Die Regierung hat die Pflicht, sich vor den Kaiser zu stellen und sich nicht hinter den Kaiser zu verstecken. Es ist ausgeschlossen, dass wir wochenlang nur mit einer gekürzten Brotquote durchhalten. Der Fehler der Regierung liegt nicht bloss darin, dass sie für die jetzige Zeit nicht im geringsten vorsorgen konnte, sondern auch darin, dass sie erst im letzten Moment die Verlautbarung erliess und dass die Verlautbarung in einer so kurzen nöthigen Weise erfolgte. Sie hätte in einem grossen Edikt und mit offenen Worten die Sache erklären und an die Bevölkerung appellieren sollen, damit hätte sie immerhin ihre Fehler noch etwas verringern können. (Lebhafter Beifall.)

GR. Stein erklärt, dass die demokratische Vereinigung des Wiener Gemeinderates der vom Bürgermeister vorgelegten Resolution vollständig zustimmen werde. Er verlangt, dass Ungarn uns Hilfe bringe, ferner verlangt er, dass der Wirtschaft durch die privaten Zentralen ein Ende gemacht werde und die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel unter Heranziehung des legitimen Handels durchgeführt werde. Er hätte gewünscht, dass die energische Sprache, welche der Bürgermeister heute gegen die Regierung anschlug, schon früher in diesem Saale ertönt hätte. Es wäre aber auch notwendig gewesen, dass der Bürgermeister sich an die

höchste Stelle des Reiches um Abhilfe gewendet hätte. Von Seite Ungarns findet jetzt auch wieder beim Obst die unerhörteste Auswucherung Oesterreichs statt. jenes Ungarns, das nur durch die Stühne unserer Alpenländer davor bewahrt wurde, dass die Russen, Rumänen und Serben nicht in Budapest standen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als dass sich unser Bürgermeister an den Kaiser wende, wie es sein Vorgänger Zelinka in einem kritischen Augenblick getan, um ihm die Not und den Jammer des Volkes zu schildern und vom ihm als den obersten Faktor im Reiche Abhilfe zu erbitten.

GR. Körber führt aus, dass er noch ganz unter dem niederschmetternden Eindrucke des Ernährungsamtes von Samstag abend stehe, denn er, dessen Gewähr in engster Fühlung mit der Bevölkerung sich befinde, wisse am besten die verheerende Wirkung dieser Verfügung zu beurteilen. Am Samstag sei den Bäckern auch versprochen worden, noch in den Sonntagsblättern eine beruhigende und aufklärende Notiz zu veröffentlichen. Diese Notiz sei aber in der letzten Minute vom Presse-Departement untersagt worden. Die Regierung habe aber nicht den Mut gehabt, der Bevölkerung die wahre Sachlage bekanntzugeben, sondern es den Gewerbetreibenden überlassen, sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Ein zweites Versprechen, das nicht eingehalten wurde, war die Zusage, dass den Bäckern ein Plakat zur Aufklärung des Publikums übersendet werde. Man musste sich denken, dass dieses Plakat die Aufschrift: „K.k. Amt für Volksernährung“ und die Unterschrift des Ministers tragen werde. Statt des Plakates kam aber bloss ein Schreiben mit der Aufschrift: „Bäckergenossenschaft Ueber diesen „Mut“ des Ernährungsamtes müsse man einfach starr sein, das seien mehr als traurige Zustände. Unsere Soldaten plagen sich tapfer an allen Fronten und kämpfen mit Heldenmut und wir wollen nicht, dass der Feind durch die Kopflosigkeit der österreichischen Regierung einen Sieg über uns erringe.“

GR. Kunschak: In der Geschichte Oesterreichs und die des Krieges hat es manchen schwarzen Tag gegeben und als ein solcher im bösesten Sinne muss der 15- Juni d- J- bezeichnet werden. Ein schwarzer Tag für die Bevölkerung, ein schwarzer Tag für die Helden an der Front und ein schwarzer Tag für die Regierungsweisheit, mit der wir in Oesterreich beglückt sind. Die Behandlung der Bevölkerung durch die Regierung ist eine solche, wie sie landläufig als „schuhfetzenmäßig“ bezeichnet wird. Aber nicht allein die Form ist so aufreizend und beleidigend für die Bevölkerung, sondern auch das ganze Wesen unseres Ernährungsdienstes ist derart, dass es dagegen nur einen Schrei der Entrüstung der Entrüstung und des Protestes geben kann. Unsere Lebensmittelration ist nach dem Urteil ernster Gelehrter bereits eine derart geringe, dass sie als Hungerration bezeichnet werden muss und diese Hungerration noch zu kürzen, ist ein frivoles Beginnen, ein Attentat an der Gesundheit des Volkes.

Im Oktober des Jahres 1917 war sich die Regierung nach den Erklärungen des damaligen Ministers Höfer auch darüber im Klaren und es wurden der Bevölkerung alle möglichen Zubeußen versprochen und nun stehen wir vor solchen Verfügungen. Da müssen wir uns doch die Frage vorlegen, ob diese ganze Trostlosigkeit der Lage unserer Regierung wirklich erst am Abend des 15- Juni zur Erkenntnis gekommen ist. Ist es so, dann müsste man ja unsere Regierung einfach zum Teufel jagen, denn dann haben wir es mit keinem Minister mehr, sondern mit gewissenlosen Dilletanten zu tun, die mit den heiligsten Gefühlen des Volkes ihr Spiel treiben. Dass wir so weit gekommen sind, ist eine Folge unserer schlechten Wirtschaft mit den Lebensmittelvorräten, denn unsere Vorräte

würden zusammen mit den Zufuhren von aussen, die Sicherheit des Durchhaltens bis zur nächsten Ernte gewährleistet haben. Da es nicht der Fall war, ist dies nur ein Beweis für die unzweckmässige und nicht gewissenhafte Bewirtschaftung unserer Lebensmittel. Es wären sicher auch jetzt noch Lebensmittel bei uns vorhanden, z- B. im tschechischen Teil Böhmens, nur müsste man den Mut haben, sie zu erfassen. So bitter und schwer die Situation jetzt ist, so ist es doch noch nicht der Gipfelpunkt der Not und die Gemeinde wird, wenn auch schweren Herzens mit ihren geringen Vorräten noch zurückhalten müssen, um dann, wenn dieser Gipfelpunkt erreicht ist und er droht uns für die nächste und übernächste Woche, rettend eingreifen zu können. Vielleicht wird dieser traurige Moment, den wir uns ja nicht wünschen, der Bevölkerung die Augen öffnen und ihr zeigen, dass die Gemeinde im Bezug auf den Ernährungsdienst alles restlos erfüllt hat, was sie allein hat tun können.

Wir erleben eine solche Affäre bereits zum zweitenmal, und zwar in einem nicht weniger wichtigen Augenblicke, wie er am Beginne der Verhandlungen von Brest-Litowsk war. Jetzt stürzen sich an der Front unsere Helden todesmutig dem Feinde entgegen, bereit ihr Leben für Weib und Kind hinzugeben, und in diesem Augenblick müssen sie erfahren, dass statt des Jubelrufes der Dahergebliebenen über ihren Opfermut der Not- und Angstschrei der Angehörigen zu ihnen dringt. Es ist mehr als fraglich, ob sich unsere Regierung auch nur einen Augenblick dieses Umstandes bewusst geworden ist, denn sonst hätte sie wohl andere Vorkehrungen getroffen.

~~Ich schliesse mit dem Wunsche, dass der liebe Gott~~ verhüten möge, dass der schwere Feldzug dem tüchtigen Generale und todesmutige Soldaten die Wendung zum Siege gegeben haben, nicht um den Preis gebracht werde, durch die Dummheit und Gewissenlosigkeit im Hinterlande. (Lebhafter Beifall) Bgm. Dr. Weiskirchner (zum Schlussworte) bemerkt, dass der Gemeinderat sich seiner Pflicht bewusst sein werde, wenn Herr von Seidler versuchen sollte, das Parlament auszuschalten und eine absolutistische Regierung mit dem § 14 einzuführen. Dr. von Seidler täuscht sich, wenn er glaubt, durch die Ausschaltung des Parlamentes die Bevölkerung mundtot machen zu können. Wir leiden momentan nicht blos unter den schlechten Ernährungsverhältnissen, sondern auch unter der trostlosen innenpolitischen Lage. Für die in Verhandlung stehende Verfügung kann niemand von uns die Verantwortung übernehmen, denn wir wurden nicht vorher gefragt, und die Verlautbarung erfolgte so spät, dass wir unsere warnende Stimme ^{nicht} dagegen/erheben konnten. Ich darf aber die Erklärung dass der Gemeinderat nach wie vor seiner ersten verantwortungsvollen Pflicht bewusst ist, nach Massgabe seiner Mittel in dieser schweren Stunde der Bevölkerung hilfsbereit beizustehen. Handelt es sich doch nicht nur um die Opfer, die wir alle an Gut und Blut zu bringen haben, sondern in erster Linie um unsere Kinder, und um die Zukunft unseres Staates. Wir wollen durchhalten, aber es muss uns auch die Möglichkeit gegeben werden, dass wir dies im Stande sind. Der Bürgermeister bittet schliesslich um die einstimmige Annahme der Resolution, welche auch der Regierung unterbreitet werden wird (lebhafter Beifall) Bei der folgenden Abstimmung wird die Resolution einstimmig genehmigt.

Es wird hierauf an die Beratung des Budgets geschritten.

VB. Hoss legt den Rechnungsabschluss für das Jahr 1915/16 vor. Er bemerkt, dass es aus technischen Gründen nicht möglich war, den Rechnungsabschluss so wie sonst dem Gemeinderate vor der Beratung mit dem Hauptvoranschlag des nächstfolgenden Jahres zu unterbreiten und bittete um die Genehmigung.

Der Hauptrechnungsabschluss wird ohne Debatte genehmigt.

VB. Hoss gibt bekannt, dass es möglich sei, den Voranschlag für das Jahr 1916/17 heuer zu beraten und teilt mit, dass der Rechnungsabschluss mit einem Abgabe von 2,210.811 Kroner abschliesst. Nachdem ein Abgang von fast 16 Millionen Kronen veranschlagt war, ist die Gebahrung um rund 14 Millionen günstiger als der Hauptvoranschlag. Der Berichterstatter bittet, diese Ziffern vorläufig zur Kenntnis zu nehmen.

VB. Hoss berichtet sodann über den Hauptvoranschlag für das Jahr 1918/19. Er streift die militärische Lage, gedenkt der tapferen Soldaten an der Front und der Wiener Bevölkerung, die bewunderungswürdiger Art bemüht sei, die Schrecken des Krieges zu ertragen und bemerkt dann, dass in den gegenwärtigen Budget schon wichtige Uebergangsstrahlen vorbereitet werden, wobei vor allen sozialen Fragen die grösste Aufmerksamkeit geschenkt werde. Redner bespricht den Gegensatz zwischen der Betätigung der staatlichen und der Gemeindemaschine. Durch die Ohnmacht der staatlichen Verwaltung in der Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben wurde die Gemeindeverwaltung vor die Wahl gestellt, entweder sich auf ihren gesetzlichen eingegrenzten und althergebrachten Wirkungskreis zu beschränken und so ihre Finanzen zu schonen, oder an Stelle des versagenden höheren Faktors helfend einzugreifen, Aufgaben zu übernehmen, die seit jeher nicht die ihren waren und so ihre Finanzen zu gefährden. Das Gefühl der Pflichterfüllung im Interesse der Bevölkerung hat Bürgermeister und Gemeinderat keinen Augenblick zweifeln lassen, welcher Weg zu beschreiten war. So ist die Stadtvertretung in die Bresche getreten und hat insbesondere in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln das Versagen der staatlichen Organisation - soweit es noch ausser den staatlichen Zentralen und sonstigen nicht ganz zweckmässigen Schaffungen möglich war, mit Anstrengung aller Kräfte in Ordnung zu bringen, übernommen was zum Grossteile tatsächlich auch bisher noch gelang. Die Uebernahme dieser Aufgabe war sicherlich nicht dankbar, denn nur zu leicht verkennt die Bevölkerung die wahren Ursachen des Übels und macht die unmittelbare Abgabestelle verantwortlich für die Fehler der Organisation der Aufbringung, die lokale in ihrem Machbereich naturgemäss beschränkte Behörde für die Sünden der Zentralregierung. Auch andere eigentlich staatliche Aufgaben musste die Gemeinde übernehmen, so die Wohnungs-

Arbeits-, Tuberkulosen- und Jugendfürsorge. Die Gemeinde Wien habe den Beweis erbracht, dass sie befähigt ist, neue Aufgaben voll zu erfassen und den Forderungen der Zeit gerecht zu werden.

Der Berichterstatter verweist sodann auf die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde Wien, hervorgerufen durch die un-mittelbaren Kriegsfolgen hauptsächlich aber durch die Schwäche der staatlichen Betätigung und die dadurch bedingte Erweiterung des Wirkungskreises der Gemeinde, sowie durch die Hemmnisse dass der Gemeinde die von ihr verlangte Bewilligung von Zuschlägen zur Einkommen- und Kriegsgewinststeuer nicht gegeben wurde. Wenn die finanziellen Sorgen der Gemeinde Wien auch ziemlich gross seien, so sei doch zu hoffen, dass bei allen Parteien des Gemeinderates und bei der Bevölkerung die richtige Auffassung für das ernste Streben der Gemeindeverwaltung um den zur Erfüllung ihrer ersten Aufgaben notwendige Opfermut zu finden sein werde. (Lebhafter Beifall).

Die Debatte wird spann unterbrochen und wird morgen fortgesetzt werden.